

Felix Ekardt

Information, Partizipation, Rechtsschutz

Prozeduralisierung von Gerechtigkeit und Steuerung
in der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Gerechtigkeit und Steuerung – prinzipiell und in der Europäischen Union	12
	A. Politik und öffentliches Recht unter Gerechtigkeits- und Steuerungsaspekten	13
	B. „Prozeduralisierung“ als Gegenstand	17
	C. Theorie der Gerechtigkeit und der politischen Steuerung: Maßstäbe für die „neuen“ Instrumente europäischer Politik	21
	I. Klassische versus „neue“ Instrumente der Umwelt- und Wirtschaftspolitik	22
	II. Grundstruktur einer modern-liberalen Gerechtigkeits- keitstheorie	24
	III. Freiheit und Demokratie als Kern der Gerechtigkeit	33
	IV. Nachhaltigkeit als Kern der Gerechtigkeit	43
	V. Grundstruktur einer modern-liberalen Steuerungstheorie	48
	D. Europäisierung und Internationalisierung von Gerechtigkeit, Steuerung und Umweltpolitik	63
	E. Publizität als Prozeduralisierungs-Grundidee – zugleich zu der Frage, warum der Gemeinwohlbegriff beerdigt werden sollte	65
 § 2	 Eine kurze Verfassungsgeschichte der Prozeduralisierung: Umgang mit Information, Partizipation und Klagerechten bis zur Aarhus-Konvention 1998 (besonders in Deutschland)	 71
 § 3	 Klagerechte („dritte Säule“ der Prozeduralisierung)	 84
	A. Klagerechte als Gerechtigkeits- und Verfassungsanforderung	84
	I. Verfahren nur als Teilaspekt von Gerechtigkeit	84
	II. Klagerechte als Ausdruck von Gerechtigkeit	85
	III. Individualklagerecht – auch für „drittbetroffene“ Bürger	86
	1. Die bisherige europäisch-deutsche Debatte einschließlich der Rechtsprechung	88
	2. Die Unvereinbarkeit der alten Klagerechts- doktrin mit einem modernen Freiheitsverständnis	95
	IV. Verbandsklagerecht	103
	V. Sprechen nicht Gewaltenteilung, Rechtssicherheit und drohende Klageflut für einen restriktiven Rechtsschutz?	108
	B. Klagerechte als Steuerungsinstrument	111

	C. Klagerechte in der Aarhus-Konvention und im europäischen Verwaltungsrecht – verglichen mit dem deutschen Recht	114
	I. Inhalt der Konvention und der neuen europäischen Richtlinien – verglichen mit dem deutschen Recht	115
	II. Unabhängigkeit der Verbandsklage von subjektiven Rechten? Welche NGOs dürfen klagen?	120
	III. Europaverwaltungsrechtliche Pflicht zur erweiterten Individualklagebefugnis – und zwar auch gegen Privatpersonen? (zugleich zum Problem kollektiver statt diskursiver Öffentlichkeit)	125
	IV. Rügbarkeit aller materiell- und verfahrensrechtlichen Fehler? Das Problem „Kontrolldichte“	127
	V. Gesetzgebungskompetenz für die Aarhus-Umsetzung? Zugleich zur kritischen Frage nach der Geltung von Völkerrechtssätzen <i>(unter Mitarbeit von Katharina Pöhlmann)</i>	131
§ 4	Partizipation („zweite Säule“ der Prozeduralisierung)	139
	A. Partizipation als Gerechtigkeits- und Verfassungsanforderung	139
	I. Partizipation als Ausdruck von Rationalität, Unparteilichkeit, Freiheit und Tatsachenwahrheit	141
	II. Partizipation als Ausdruck von Demokratie?	148
	B. Partizipation als Steuerungsinstrument	153
	I. Effektivität der Partizipation	153
	II. Die Beschleunigungs- und Globalisierungsdebatte	158
	C. Partizipation in der Aarhus-Konvention und im europäischen Verwaltungsrecht – verglichen mit dem deutschen Recht	159
	I. Regelungen, Grundprobleme, Änderungsbedarfe <i>(unter Mitarbeit von Katharina Pöhlmann)</i>	159
	II. Das Problem „Verfahrensfehlerlehre“ – und das Verhältnis von materiellem Recht und Verfahrensrecht	169
	III. Materielle Präklusion?	172
§ 5	Information („erste Säule“ der Prozeduralisierung)	178
	A. Informationsrechte als Gerechtigkeits- und Verfassungsanforderung	180
	I. Information, Rationalität, Unparteilichkeit und Demokratie	181
	II. Information und Freiheitsschutz – allgemeiner Informationsanspruch gegen den Staat und gegen Private?	184

III. Der Ausgleich zwischen Transparenz und Privatheit	191
B. Informationsrechte als Steuerungsinstrument	194
C. Informationsrechte in der Aarhus-Konvention und im europäischen Verwaltungsrecht – verglichen mit dem deutschen Recht	196
I. Das alte europäische und deutsche Umweltinformationsrecht: Rechts- und Vollzugsprobleme	196
II. Neue Vorgaben für Zugangsrechte gegen die Mitgliedstaaten	201
III. Neue Vorgaben für Zugangsrechte gegen die EU	205
D. Zusammenfassender Ausblick	207
Abkürzungsverzeichnis	208
Literaturverzeichnis	211